

Nachrichten

Mali: Lage in Gao nach schweren Gefechten wieder ruhig

Nairobi (epd/nd). Nach schweren Gefechten am Sonntag hat sich die Lage in der nordmalischen Stadt Gao beruhigt. Wie der britische Sender BBC am Montag berichtete, bekannte sich die islamistische Miliz »Bewegung für Einheit und Heiligen Krieg in Westafrika« (MUJAO) zu dem Angriff auf Gao. Die Kämpfe zwischen den Milizionären und der französischen Armee hatten sich bis in den Sonntagabend hingezogen. Die Kämpfer hatten offenbar mit Booten den Niger überquert, um in die Stadt zu kommen. Nach BBC-Informationen könnten sich weitere Milizionäre der MUJAO in der Stadt befinden. Der französische Präsident François Hollande hatte bei einem Besuch in Mali am 2. Februar bereits den Sieg über die islamistischen Milizen in den drei größeren nordmalischen Städten Gao, Kidal und Timbuktu erklärt.

Wahlvorbereitungen in Palästina

Gaza (AFP/nd). Die palästinensische Wahlkommission hat am Montag im Westjordanland und im Gazastreifen mit der Registrierung von Neuwählern begonnen. Dies könne ein erster Schritt sein, um die Spaltung zwischen der im Westjordanland regierenden Fatah und der Hamas im Gaza-Streifen zu überwinden, sagte Wahlkommissionspräsident Hanna Nasser in Gaza-Stadt. Die Kommission will innerhalb einer Woche die Daten von 720 000 Neuwählern sammeln und mit der Aktualisierung der Wählerlisten von 2006 den Grundstein für Neuwahlen legen.

Prager Präsident Klaus teilt aus

Prag (dpa/nd). Der tschechische Präsident Vaclav Klaus hat seinen Vorgänger Vaclav Havel als »linken Extremisten« kritisiert, dessen Ansichten die Gesellschaftsordnung hätten zerstören können. Klaus kreierte dem Kämpfer gegen den Kommunismus und ersten Nachwendepäsidenten sein angebliches »Weltbürgertum« an. Havel war im Dezember 2011 im Alter von 75 Jahren gestorben.

Klaus sparte in dem am Montag veröffentlichten Interview mit der polnischen Zeitschrift »Do Rzeczy« nicht an Kritik an aktuellen Politikern. US-Präsident Barack Obama verfolge eine »antidemokratische, antiliberalen Ideologie«. Die EU-Kritik des britischen Premierministers David Cameron zeichne sich durch Halbherzigkeit und Widersprüchlichkeit aus. Und der Prager Außenminister Karel Schwarzenberg sei kein authentischer Tscheche.

Obama will wieder Atomwaffen abrüsten

USA-Präsident hält erste Rede seiner zweiten Amtszeit zur Lage der Nation

Von Olaf Standke

Seine erste Rede zur Lage der Nation nach der Wiederwahl will USA-Präsident Barack Obama nach Informationen der »New York Times« am Dienstag im Washingtoner Kongress nutzen, um eine neue Initiative zur atomaren Abrüstung vorzustellen.

Ganz konkrete Zahlen dürfte der Präsident heute im Washingtoner Capitol wohl noch schuldig bleiben, schrieb die »New York Times« unter Berufung auf hohe Regierungsbeamte. Aber im Weißen Haus werde nach ausführlichen Gesprächen mit dem Pentagon darüber nachgedacht, nur noch wenig mehr als 1000 Atomwaffen im Arsenal der Streitkräfte zu belassen. Obama habe sich mit dem Militär geeinigt, dass die Kernwaffenbestände der USA drastisch um etwa ein Drittel verringert werden könnten.

Schon unmittelbar nach Beginn seiner ersten Amtszeit hatte der Präsident das Konzept einer kernwaffenfreien Welt vorgestellt. Den Analysen des renommierten Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI zufolge befanden sich im Vorjahr im Arsenal der Supermacht aber immer noch rund 8000 nukleare Sprengköpfe, das sind etwa 42 Prozent der weltweiten Bestände. 2150 davon seien einsatzbereit gewesen.

Die »New York Times« spricht unter Berufung auf Regierungskreise von derzeit 1700 einsatzfähigen Atomsprengköpfen. Laut neuem START-Vertrag mit Russland zur Reduzierung der strategischen Offensivwaffen müssten sie bis zum Jahr 2018 auf 1550 abgebaut werden. Der Präsident sei aber »überzeugt, dass wir deutlich radikaler kürzen – und deutlich mehr Geld sparen – können, ohne die Sicherheit der USA zu gefährden«, zitierte die Zeitung Vertreter des Weißen Hauses.

Damit ist ein anderer und den Normalbürger wohl näherliegender Schwerpunkt der insgesamt fünften »State of the Union Address« Obamas berührt. Während er bei

seiner Ansprache zur Amtseinführung vor einigen Wochen in Sachen Freiheit, Gerechtigkeit und Glücksstreben mehr im Visionären blieb, erwarten die Wähler nun konkrete Vorschläge für die brennenden Probleme des Landes. Noch vor schärferen Waffengesetzen oder einer umfassenden Einwanderungsreform interessiert die meisten dabei, wie sich ihre Lebenslage entwickeln wird. Die Arbeitslosigkeit liegt derzeit bei 7,8 Prozent, eine für die Vereinigten Staaten hohe Quote.

»Viele kämpfen weiter mit den Auswirkungen der großen Rezession und schauen auf ihren Präsidenten, der in seinem Ausblick auf ihre Alltagsorgen eingehen soll«, sagt Elisabeth Jacobs von der Denkfabrik Brookings Institution. Die Stärkung der Wirtschaft und der Mittelschicht auch mit staatlichen Mitteln werde deshalb im Wahlkampf eine Kernbotschaft des Berichts sein, heißt es in der »New York Times«.

Wie aus dem Weißen Haus zu hören ist, will der Präsident Vorschläge für neue Investitionen in wichtigen Wirtschaftsbereichen präsentieren. Im Blick habe er u.a. Infrastrukturprojekte, erneuerbare Energien und Bildung. Obamas großes Problem wird dabei sein, angesichts des riesigen Schuldenberges von 100 Prozent des Bruttoinlandsproduktes die Republikaner im Parlament für neue Ausgabenprogramme zu gewinnen.

Kurzfristig allerdings geht es erst einmal darum, die Supermacht vor der Zahlungsunfähigkeit zu bewahren. Ende Februar muss die Schuldengrenze von 16,4 Billionen Dollar erhöht werden. Notwendig ist eine Einigung zwischen Demokraten und Republikanern, um die nur aufgeschobenen, konjunkturell schädlichen und sozial unverträglichen automatischen Etatkürzungen nach dem Rasenmäherprinzip zu verhindern. Bis April muss der Kongress schließlich den Haushalt für das laufende Fiskaljahr festmachen, weil sonst erneut der Staatsbankrott droht. *Kommentar S. 4*



Präsident Obama bei seinem Auftritt im Kongress vor einem Jahr

Foto: AFP/Saul Loeb

Der Kubaner

Marco Rubio ist das neue Gesicht der Republikaner

Von Reiner Oschmann



Die US-Republikaner haben derzeit ein gestörtes Verhältnis zu vielen Wählern und auch deshalb im November die zweite Präsidentschaftswahl in Folge verloren. Es besteht also Handlungsbedarf, vor allem gegenüber den Latinos, den Einwanderern und deren Nachfahren aus Mexiko, Mittel- und Südamerika. Die Latinos sind die am schnellsten wachsende Wählergruppe in den USA. Doch gerade sie haben zuletzt an der Urne – in drei von vier Fällen – den Republikanern die kalte Schulter gezeigt und Präsident Obama und dessen Demokraten bevorzugt.

Die Republikaner müssen sich also etwas einfallen lassen. Als eine ihrer aussichtsreichsten Ideen, vielleicht auch mit Blick auf die nächste Präsidentschaftswahl 2016, erscheint ihnen Marco Rubio. Der neue Senator für Florida im Kon-

gress von Washington ist jung (41) und verheiratet (vier Kinder), er ist präsentabel, Menschen zugewandt und kommunikativ, und er ist Sohn zweier kubanischer Einwanderer.

Für gebeutelte Republikaner der Mensch gewordene Königsweg oder wie das »Time«-Magazin ihn gerade in seiner Titelgeschichte bezeichnete: »The Republican Saviour«, der Heiland der Konservativen.

Rubio, von Beruf Rechtsanwalt und derzeit einer der Wortführer auf republikanischer Seite für einen überparteilichen Kompromiss zur brisanten Einwanderungsreform, wird am heutigen Dienstag seinen bisher größten, medial auffälligsten Auftritt haben. Er darf im

Capitol für seine Partei die offizielle Erwiderrungsrede auf Barack Obamas Ansprache zur Lage der Nation halten. In einem Punkt, einer Premiere im Kongress, ist ihm besondere Aufmerksamkeit schon vorab sicher: Er will Obama zweisprachig, auf Englisch und Spanisch, antworten.

Rubio passt auch inhaltlich zu den noch weiter nach rechts gewanderten Republikanern: Ein bedingungsloser Anbeter des freien Marktes, ein attraktives Gesicht des unansehnlichen rechten Parteiflügels, Ziehkind und Darling der reaktionären Tea-Party-Bewegung, gegen jede Öffnung der amerikanisch-kubanischen Beziehungen (die kubanische Revolution nennt er einen »Unfall der Geschichte«), außenpolitisch für demonstrative Politik der Stärke – und damit eine große Hoffnung der Neokonservativen, um die es zuletzt ziemlich ruhig war.

Kein Regenbogen im Bürgerbüro

Neutralitätsdebatte überschattet Jubiläum der Homo-Ehe in Belgien

Von Lukas Vanacker, Brüssel

Heute wird die französische Nationalversammlung über die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare legalisieren. Im Nachbarland Belgien wird indes das zehnte Jubiläum gefeiert.

Bei der Gleichstellung von Homosexuellen spielt Belgien eine Führungsrolle. Am 30. Januar 2003

ermöglichte das Parlament die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Nach den Niederlanden war Belgien das zweite Land, das die Homo-Ehe legalisierte. Seitdem heiraten jährlich etwa 2000 Schwule und Lesben.

Seit 2006 dürfen Paare auch Kinder adoptieren. Kürzlich wurde bekannt, dass die Hälfte der belgischen Adoptivkinder im vergangenen Jahr bei homosexuellen Eltern unterkam. Die Adoption ausländischer Kinder durch Homosexuelle gestaltet sich aber nach wie vor schwierig, da sich die meisten Herkunftsländer dem widersetzen.

Trotz der gesetzlichen Gleichberechtigung Homosexueller ist es in Belgien bis zur vollständigen Akzeptanz noch ein langer Weg. In mehreren Städten kam es in den letzten Monaten zu homophoben Vorfällen. Trauriger Höhepunkt war der Mord an dem Schwulen Ihsane Jarfi in Lüttich im Frühjahr 2012. Als Konsequenz daraus stellte der sozialdemokratische Premierminister Elio Di Rupo, der selbst offen homosexuell lebt, gerade einen Aktionsplan gegen homophobe und transphobe Gewalt vor. Der Plan dient der Prävention und der Sensibilisierung für das Thema Homophobie in Schulen und am Arbeitsplatz.

Die Hafenstadt Antwerpen profiliert sich derzeit als Schwulenmetropole Belgiens, steht aber auch für das »Kopftuchverbot«. Seit 2007 müssen sich Kommunalbeamte im Kontakt mit Bürgern neutral kleiden. Symbole ihrer religiösen oder politischen Überzeugung sind tabu. In einem Aufsehen

erregenden Interview mit der Zeitung »De Standaard« erweiterte der flämische Separatist Bart De Wever, seit Jahresanfang Bürgermeister von Antwerpen, vor Kurzem dieses Verbot auf Symbole sexueller Orientierung: »Ich will nicht, dass jemand in einem Regenbogenschirm am Schalter arbeitet. Mit solch einer Symbolik macht ein Homosexueller klar, dass er einer bestimmten Obedienz zugehört. Die Leute erkennen das.« Ein Kunde städtischer Dienstleistungen brauche nicht zu wissen, ob der Beamte ein homosexueller Muslim ist, eine rechtsextreme Partei wählt oder eine bestimmte Fußballmannschaft unterstützt.

Obwohl De Wever betonte, seine Aussagen hätten nichts mit Schwulenfeindlichkeit zu tun, reagierten Homosexuellenverbände und Politiker empört. »Sind gelbe, blaue, rote T-Shirts auch verboten? Sie weisen ja auch auf politische Parteien. Einzige Lösung: nackt am Schalter«, schrieb der grüne Staatssekretär für Chancengleichheit, Bruno De Lille, im Kurznachrichtendienst Twitter. »Was darf man, was darf man nicht?«, fragt sich Fran Bambust, Sprecherin von Cavaria, dem belgischen Dachverband für Schwule, Lesben, Bi- und Transsexuelle. »Darf ein lesbisches Mädchen kurze Haare haben? Ist ein rosa T-Shirt akzeptabel, ein Regenbogenschirm aber nicht? Darf ein Transsexueller überhaupt am Schalter arbeiten? Schließlich gewährt nur eine Uniform die vollständige Neutralität«, meint Fran Bambust.

Entscheidung in Tunesien vertagt

Jebali bleibt im Amt

Tunis (AFP/nd). Die Minister der tunesischen Präsidentenpartei wollen vorerst doch im Amt bleiben. »Wir haben beschlossen, unsere Entscheidung über den Rückzug unserer Minister aus der Regierung einzufrieren«, erklärte am Montag der Chef der säkularen Partei Kongress für die Republik (CPR) von Staatspräsident Moncef Marzouki, Mohammed Abbou. »Wenn wir aber in einer Woche keine Veränderung feststellen, werden wir definitiv aus der Regierung ausscheiden.«

In Tunesien herrscht ein Tauziehen um die Zusammensetzung der Regierung. Ministerpräsident Hamadi Jebali hatte am Mittwoch angekündigt, er werde spätestens Mitte dieser Woche eine neue Expertenregierung vorstellen. Sollte seine Partei Ennahda im Parlament die Zustimmung dazu verweigern, werde er zurücktreten.

Die CPR lehnte am Montag den Plan Jebalis zur Zusammenstellung einer Technokratenregierung ab. Zur Begründung erklärte Abbou, durch eine solche Technokratenregierung könnten »Figuren des alten Regimes« aus der Zeit des 2011 gestürzten Präsidenten Zine El Abidine Ben Ali wieder in die Regierung einziehen.

Jebali gehört dem gemäßigten Flügel von Ennahda an. Der fundamentalistische Parteiflügel drohte für den Fall einer Regierung parteiloser Experten mit neuen Straßenprotesten.

Proteste in Ägypten dauern an

Sturz Mursis gefordert

Kairo (dpa/nd). Mehrere tausend Aktivisten haben in Ägypten am zweiten Jahrestag des Rücktritts von Präsident Husni Mubarak gegen die Regierung demonstriert. Ihr Protest stand unter dem Motto »Das Volk will den Sturz des Regimes«. Zu den Protestmärschen, die auf dem Tahrir-Platz und vor dem Präsidentenpalast enden sollen, hatten mehrere Parteien und Revolutionsgruppen aufgerufen. Sie kritisieren die Politik der Regierung des islamistischen Präsidenten Mohammed Mursi. Ihr Protest richtete sich auch gegen die Polizei. Sie werfen ihr vor, sie wende die gleichen brutalen Methoden an wie unter Mubarak.

Die Jugendbewegung 6. April versammelte sich auf dem Platz vor der Börse. Sie forderte die Aufklärung des Todes ihres Mitgliedes Gaber Saleh, genannt »Gikkak«, und rief »Verschwinde, verschwinde, Mursi«. Saleh, dessen Name seine Mitstreiter inzwischen auf Hunderte Wände in Kairo gesprüht haben, war bei einer Demonstration im November ums Leben gekommen. Angeblich erschoss ihn die Polizei.

Mubarak (84) war am 11. Februar 2011 vom Militär zum Rücktritt gezwungen worden. Er wurde später inhaftiert und wegen der Tötung von Demonstranten zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Urteil ist jedoch nicht rechtskräftig. Der Prozess soll demnächst wiederholt werden.

LISSABON

Leistungen:

- 1 Flüge von Berlin nach Lissabon und zurück inklusive Steuern und Zuschlägen
- 1 Transfer Flughafen – Hotel – Flughafen inkl. Assistenten
- 1 3- bis 4- bis 5-Sterne-Lissabon City-Hotel in Lissabon
- 1 Halbtägiger Ausflug Lissabon inkl. Reiseleitung

Aufpreis pro Person:

- Abendessen im Hotel, pro Tag: 42,-
- Gemittelter Ausflug Neve, Alcobaca und Fatima inkl. Eintritt Kloster Alcobaca: 43,-
- Gemittelter Ausflug Sintra, Cabo da Roca und Estoril inkl. Eintritt Königspalast Real Sintra: 43,-

23.05. – 27.05.2013

p. p. im DZ € 579,-/€ 220,-

Kurztourist-Reiseverlauf:

- 1. Tag: Anreise
- 2. Tag: Ausflug Lissabon
- 3. Tag: Freizeit oder Ausflug Neve, Alcobaca und Fatima (inkl.)
- 4. Tag: Freizeit oder Ausflug Sintra, Cabo da Roca und Estoril (inkl.)
- 5. Tag: Heimreise

Ausführliche Reisebeschreibung: nd-lesaraben, Frau Köhler/Herr Oberl, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. 030/2978-1020/21, lesarabens@nd-online.de